

GRÜNSCHNABEL

ZEITUNG DER UNABHÄNGIGEN WÄHLER VEREINIGUNG
"GRÜNE LISTE BÜTTELBORN" NR. 2 / APRIL 1982

»Gewalttäter« aus Büttelborn

Samstag, den 30. Jan. 1982

Früh am Morgen sammelt sich in Büttelborn eine kleine Gruppe von Menschen, in Klein-Gerau und in Worfelden kommen noch einige hinzu. Eine kurze Autoschlange ist unterwegs in Richtung Walldorf. Sie fährt vorbei an Leuten die ihrer normalen Beschäftigung nachgehen, zum Einkaufen, Straßenkehren, Frühschoppen, Vorbereitung auf den Faßnachtsball.

Jeder hat seine Erwartungen für diesen Tag. Die kleine Gruppe auch, nur ist hier auch Angst dabei. Unterwegs sieht sie bereits Hubschrauber kreisen, mit blitzendem Blaulicht, Straßen sind bereits abgesperrt. Vor Walldorf wird geparkt. Es steigen aus: Bärtige, Kurzgeschorene, Beamte, Studenten, Bauern, Vogelschützer, Arbeiter und Kinder. An der Ecke Weiß-behelmta Flugblätter verteilend.

Die kleine Gruppe geht in den hinzukommenden Menschenmassen unter. Man bleibt dicht zusammen. Am Sportplatz ist die Menschenmenge fast erdrückend. Gedrückt auch Stimmung. Angst?

Langsam formiert sich ein langer Zug. Nebel steigen über dem nassen Schnee auf. Gelbe, blaue, grüne, bunte Fahnen hängen schwer herunter. Es geht nur langsam vorwärts. Über die Brücke. Im Wald wieder Weißbehelmta. Hubschrauber kreisen immer tiefer, immer lauter. Der Zug geht in den Wald hinein. Schritt für Schritt. Endlich, nach fast zwei Stunden ist das Ziel erreicht. Das Ziel, ringsherum noch Wald, jedoch bereits durch Schneisen schwer verletzt. Die Menschen lassen sich im Wald nieder, packen das Mitgebrachte aus. Feuer werden entzündet. Bewegung kommt in die Menge. Lautsprecher plärren Lieder durch den Wald. Hämmer, Nägel, Spaten, Sägen und Äxte werden hervorgeholt. Waffen? Ansprachen, Reden werden gehalten. Zum Aufputschen? Die Hämmer treten in Aktion, Bäume werden vernagelt, Spaten graben sich durch die Wege, Sägen und Äxte zerkleinern die auf dem Boden liegenden Baumstämme, Sperren werden aufgerichtet. Extremistische Gewalt?

Ringsum nun fröhliche Gesichter. Man arbeitet Hand in Hand. Nur wenige laufen ziellos herum, halten Ausschau. Wonach? Am Nachmittag wird es lauter, Menschen rennen schreiend hin und her. Weißbehelmta mit langen schwarzer Knüppeln und Schildern stampfen durch den Wald, schlagen um sich, treiben die "Gewalttäter" vor sich her.

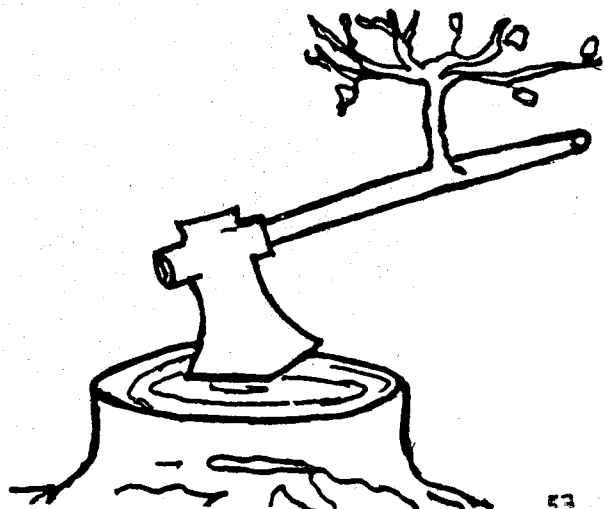
Die Gruppe aus Büttelborn sammelt sich wieder, faßt sich an den Händen, geht quer durch den Wald, versucht den Knüppelnden zu entkommen. Es gelingt. Man geht nach Walldorf zurück, erst auf Umwegen, dann wieder mit der großen Menschenmenge. Alle sind stumm, haben Wut. Worauf?

Die Pfützen werden tiefer, größer, die Wege schlammiger. Verschmutzt und durchgefroren wird Walldorf erreicht. Fast sieben Stunden sind vergangen. Am Container warmer Tee, Fleischbrühe, belegte Brote, aufmunternde Worte. Gedrückt geht es zu den Autos; die Hubschrauber kreisen immer noch laut und unerträglich.

Rückfahrt, Büttelborn, wie immer menschenleer, dunkle Straßen, erleuchtete Kneipen. Farbfernseher plärren, Hessenschau. Bilder werden vorgesetzt, werden heruntergeschluckt. Fragen??

Im Volkshaus festlich gekleidete Menschen, lärmende, überschäumende Freude, lachend verzerrte Gesichter.
VERGESSEN WOLLEN ?

23

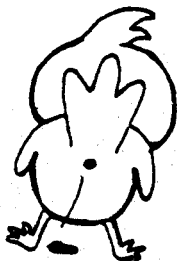


Haushalt 82

Die Beratung des Haushalts der Gemeinde Büttelborn hat auch für unsere Gemeinde erkennen lassen, daß Sparsamkeit das Gebot der Stunde ist. In Zeiten nachlassender Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit ist es für die öffentlichen Haushalte zwingend geboten, die Einbußen auf der steuerlichen Einnahmenseite durch Einsparungen auszugleichen. Unter diesem Vorzeichen war das Ziel der G L B vorgegeben, mit dem in die Haushaltsberatungen 1982 eingetreten wurde. Dieses Ziel mußte heißen, Investitionen im Rahmen der zu erwartenden Einnahmen und im Hinblick auf vorbestimmbare Folgekosten einzugrenzen. Nach unserer Meinung sollten die Investitionen ferner mehr darauf ausgerichtet werden, daß solche Projekte bevorzugt werden, die der Bevölkerung der Gemeinde unmittelbar dienen.

Der Gemeindevorstand hatte für 1982 die Einstellung von DM 250.000,— für den Neubau eines Bauhofes in Büttelborn im Vermögenshaushalt eingestellt, denen ein nicht verbrauchter Rest vorjähriger Haushaltsmittel mit DM 140.000,— zugerechnet werden muß, so daß für den Bauhof insgesamt DM 390.000,— zur Verfügung gestellt werden sollen. An dieser Haushaltsstelle ist zu beanstanden, daß weder eine konkrete Planung existiert - selbst Mitglieder des Gemeindevorstandes sind sich nicht schlüssig, ob nicht lieber ein neuer Feuerwehrstützpunkt gebaut werden sollte -, noch eine Kalkulation der Folgekosten existiert. Genauso wenig ist klar-gestellt, daß der vorgesehene Betrag ausreicht, den ge-

planten Neubau auch zu verwirklichen. Es fehlt an jeder nachprüfbaren konkreten Kostenermittlung. Da es auch unmöglich war, den Nachweis für die Notwendigkeit des geplanten Neubaus zu erhalten, sahen wir uns außer Stande, der Bereitstellung der Mittel zuzustimmen. Nach unserer Auffassung hätte es völlig ausgereicht, die vorhandenen Gebäude auf dem Gelände des Bauhofes um die erforderlichen Ergänzungsräume zu erweitern. Wir sind sicher, daß auf diese Weise erhebliche Mittel eingespart werden könnten.



Wir sind der Meinung, daß Einsparungen dort beginnen müssen, wo der Eingriff am wenigsten zu spüren ist. So kann es sich die Gemeindevertreterversammlung nicht leisten, auf Kosten des Steuerzahlers einen Jahresausflug zu unternehmen. Der Antrag, hierfür eingesetzte DM 4.500,— zu streichen, fand daher unsere volle Unterstützung. Gleichermäßen unterstützten wir einen Antrag der CDU, der darauf hinauslief, die Zuschüsse zu Gemeinschaftsveranstaltungen der Verwaltung (Betriebsausflug) von DM 6.000,— auf DM 3.000,— zu kürzen. Hier, wie auch bei Ausgaben ähnlicher Art, sind wir der Meinung, daß dem Sparsamkeitsgebot mehr Rechnung getragen werden muß. In anderen Verwaltungen, z.B. Schulen, sind derartige Mittel längst gestrichen. Nachdem diesem Antrag im Haupt- und Finanzausschuß noch stattgegeben wurde, verblieb es auf Beschluß der Gemeindevertreterversammlung (an dem Tage absolute Mehrheit der SPD) bei dem ursprünglichen Haushaltsansatz.

Wir halten es für eine dringende Aufgabe unserer Gemeinde, insbesondere auch für die Jugendlichen, Möglichkeiten der Betätigung zu schaffen, die nicht den Vereinen in der Gemeinde verbunden sind. Nachdem bereits in den Ortsteilen Büttelborn und Klein-Gerau für die freien

Jugendgruppen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, halten wir das auch für Worfelden für geboten. Da sich dort keine vorhandenen Räumlichkeiten anbieten, haben wir beantragt, ein Jugendzentrum zu errichten und hierfür DM 150.000,— bereitzustellen. Durch das Jugendzentrum soll der im Ortsteil Worfelden erfolgreich arbeitenden Jugendgruppe eine feste Basis für ihre Betätigung geschaffen werden. Im Ergebnis würden die Jugendlichen vom Bürgerhaus weggezogen, so daß auch die dort immer wieder vorgetragenen Beanstandungen ein Ende fänden. Wir sind fernerhin der Meinung, daß die Gemeinde die finanzielle Förderung der freien Jugendgruppen erweitern sollte. Diesem Ziel diene unser Antrag, den Jugendgruppen in jedem Ortsteil statt der bislang bewilligten DM 400,—/Jahr DM 1.000,— zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld wäre unserer Meinung nach sinnvoll ausgegeben, denn es würde die Möglichkeiten der Gruppe doch beträchtlich erweitern. In Zeiten unkontrollierbarer Jugendkriminalität gehört unsere Unterstützung denen, die in eigener Initiative dafür sorgen, daß den Jugendlichen sinnvolle Alternativen geboten werden. Wir fanden es bedauerlich, daß sich für unsere Anträge keine Mehrheiten fanden.

Letztlich waren wir der Meinung, daß auch der finanzielle Aufwand der Gemeinde für die im letzten Jahr in der Gemeinde erfolgreich durchgeführten Ferienspiele von DM 10.000,— auf DM 15.000,— erweitert werden sollte, ohne für diesen Antrag eine Mehrheit finden zu können.

Mit der Unterstützung aller Fraktionen konnten wir erreichen, daß für bedürftige Bürger der Gemeinde die Weihnachtsbeihilfe erhalten bleibt, die auf Vorschlag der Gemeindeverwaltung gestrichen werden sollte.

Die hier vorgetragene Gedanken zum Haushalt der Gemeinde Büttelborn 1982 stellen nur einen Teil dessen dar, was uns bei unseren Überlegungen getragen hat. Da jedoch wesentlichen der von uns vertretenen Standpunkte keine Rechnung getragen wurde, sahen wir uns nicht in der Lage, dem Haushalt zuzustimmen, der letztlich von den Fraktionen SPD und CDU in großer Koalition verabschiedet wurde.

Die in der Sache hart geführte Auseinandersetzung während der Sitzung der Gemeindevertretung fand ihren besonderen Aspekt in dem rüpelhaften Benehmen einiger Zuschauer, die es durch ihre Zwischenrufe Gemeindevertretern der G L B unmöglich machten, ihren Argumenten Gehör zu verschaffen. Dem Vernehmen nach soll es sich bei diesen Zwischenrufern um Gemeindebedienstete gehandelt haben. Dann ist es allerdings auch zu verstehen, daß der Gemeindevertretervorsteher kaum Anstalten machte, die Ordnung während der Sitzung wieder herzustellen. Wenn dann von Zuschauern, wegen ihrer Nähe zum Geschehen gar festgestellt werden mußte, daß von höheren Gemeindebediensteten den Zwischenrufern für ihr Verhalten gedankt wurde, so bedarf dieser Vorfall keiner ergänzenden Kommentierung mehr.

Über Leute

Viel reden
Nichts wissen
Nicht nachdenken
Nur müssen

Viel lügen
Oft prahlen
Nicht rot werden
Immer schön strahlen

Eine Maske aufsetzen
Jeder für sich allein
Wahrheit durch Lüge ersetzen
Warum muß das so sein ?

Quelle: päd.extra 2/82

rj

Entrüstung tut Not!

Die Friedensbewegung in Europa nimmt immer mehr zu, nicht zuletzt deshalb, weil sie täglich neue Nahrung durch die amerikanische Politik unter Ronald Reagan erhält. 50 000 Atombomben gibt es bereits auf der Welt - 200 davon reichen aus, um die ganze Erde zu zerstören. Trotzdem versucht man uns täglich einzureden, der Friede, der nur durch das Gleichgewicht des Schreckens erhalten werden könnte, wäre immer noch nicht genügend gesichert. Wer kann das noch glauben?? Tatsächlich sieht es im Augenblick ganz danach aus, als würde die Kriegsgefahr trotz oder auch wegen der beschleunigten Herstellung weiterer furchtbarer Waffen größer statt kleiner. Nun sollen wir Europäer nach Ansicht der amerikanischen Regierung (Rüstungsindustrie) die Ausgaben für weitere Angriffswaffen auch noch drastisch erhöhen und durch Einsparungen im sozialen Bereich finanzieren.

Weiß man nicht längst, daß durch den wahnsinnigen Rüstungswettlauf die Völker der Welt immer ärmer werden und daß sich dadurch die Kriegsgefahr gefährlich erhöht? Weiß man nicht längst, daß die Rüstungsindustrie Arbeitsplätze vernichtet statt erhält? Auf einen Arbeitsplatz in der Rüstungsbranche kommen zwei Arbeitsplätze für die Produktion ziviler Güter. Haben etwa die recht, die behaupten: Die Vernichtung Europas ist der Preis für die Verteidigung der Vereinigten Staaten!? Oder etwa Helmut Schmidt, der früher einmal sagte: Die BRD ist nur um den Preis ihrer völligen Zerstörung militärisch zu verteidigen. Was ist das für eine Verteidigungspolitik, die der Menschheit im Falle eines Krieges keine Überlebenschance läßt?

Es ist höchste Zeit, daß die Völker in Ost und West ihre Stimme erheben um immer wieder zu fordern:

"ENTRÜSTET" EUCH - WIR WOLLEN LEBEN !

es

Wenn man am Rande eines Abgrundes steht, tritt man so schnell man kann zurück. Erst später denkt man an die Befriedigung aller anderen Bedürfnisse. Für die Menschheit wäre das Zurücktreten vom Rande des Abgrundes die Überwindung der Uneinigkeit.

Andrej D. Sacharow

in seinem Buch: Wie ich mir die Zukunft vorstelle

O S T E R M A R S C H - Sternmarsch nach Frankfurt

Perspektiven zur Landtagswahl

Am 26. September d.J. wird in Hessen ein neuer Landtag gewählt. Rechtzeitig vor diesem Tag müssen wir uns Gedanken machen, worin der Unterschied in der Politik der etablierten Parteien SPD, CDU und FDP und der GRÜNEN besteht.

In der Energiepolitik wollen SPD/CDU/FDP immer mehr Atomkraftwerke bauen, mit nicht absehbaren Folgen für die Nachwelt. Bisher wurden große Mengen von Geldern in die Erforschung der Kernenergie gesteckt, ohne daß die Probleme der Beseitigung der tödlich giftigen Rückstände auch nur ansatzweise gelöst worden wären. Die

Nutzung von umweltfreundlichen Energiequellen wie Sonne, Wind und Wasser wird bisher nur mit relativ geringen Beträgen gefördert.

In der Verkehrspolitik wird der Bau von Großflughäfen, künstlichen Größschiffahrtsstraßen und Schnellbahntrassen ohne Rücksicht auf die Zerstörung unseres Lebensraumes vrangetrieben. Gleichzeitig erfährt man von Streckenstilllegungen der Bundesbahn im Nahverkehr. Auch die Strecke Darmstadt-Wiesbaden, an der Klein-Gerau liegt, wird ab 23. Mai 1982 von Kürzungen im Angebot betroffen sein.

Zur Durchsetzung von Großprojekten in der Wirtschaft nehmen die alten Parteien die Zerstörung der Umwelt bewußt in Kauf. Beispiele: Startbahn West - Rhein-Main-Donau Kanal - Luftverschmutzung - Tannensterben - Gewässerverschmutzung - Trockenschäden im Ried.

Die Bundesregierung stellt immer wieder ihr Engagement für den Frieden heraus. Wie sieht das aber in Wirklichkeit aus? Der Verteidigungsetat wird als einziger nennenswert erhöht (6%). Der "Nachrüstungsbeschluss" soll in die Tat umgesetzt werden. Das bedeutet, es werden Hunderte von amerikanischen Atomraketen in unserem Land aufgestellt werden, die den Frieden in Europa keineswegs sicherer machen. Schon heute planen amerikanische Strategen den "begrenzten Atomkrieg" in Europa. Immer mehr Panzer, Bomber und Kriegsschiffe werden gebaut und müssen von uns allen bezahlt werden. Zur Finanzierung erhöht man einfach Steuern und Mieten, kürzt Sozialhilfe und Kindergeld. Die Betroffenen können sich ja nicht wehren.

Von diesen Positionen heben sich DIE GRÜNEN deutlich ab. Wir ziehen kleine Lösungen vor Ort großen Mammutprojekten vor.

Die Energie kann zum Teil da erzeugt werden, wo sie gebraucht wird. Wärme, die in der Industrie abfällt muß genutzt werden. Anstelle der atomaren Großtechno-



logie soll eine breit gestreute Energietechnik in kleinen Einheiten gefördert werden. Beispiele: Windkraft - Gezeitenenergie - Sonnenenergie - Kraft/Wärmekopplung - Wärmedämmung und generell Energieeinsparung. Solche Entwicklungen sind außerdem in hohem Maße exportfähig und können mehr zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, als der Export von Atomkraftwerken. Nicht nur für Entwicklungsländer ist diese Technik weitaus besser geeignet als atomare Großanlagen, mit deren Beherrschung bis heute niemand zurecht kommt.

DIE GRÜNEN treten ein für eine demokratische Kontrolle der Wirtschaft. Die zur Zeit bestehenden Gewerkschaften sind dazu nur noch bedingt in der Lage. Zum Teil haben sie sich selbst zu kapitalistischen Unternehmen gewandelt (Neue Heimat). Großkonzerne müssen entflochten werden. Die wirtschaftlichen Entscheidungen dürfen nicht von einigen wenigen Mächtigen getroffen werden, sondern müssen von den Betroffenen (z.B. der Belegschaft eines Betriebes) kontrolliert werden. Wirtschaftliche Macht darf nie mehr zur Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen mißbraucht werden.

Wir treten bedingungslos für den Frieden ein. Dazu gehören Abrüstung, Auflösung der Militärblöcke, Einstellung der Rüstungsproduktion und Abschaffung der Armeen. Damit soll in Europa begonnen werden.

Grundlage für alles weitere Leben auf dieser Erde ist eine gesunde Umwelt. Die Erhaltung der Natur und die Wiederherstellung besserer Umweltbedingungen sind deshalb wichtigste Grundlage unserer Politik.

Wir brauchen nicht noch mehr Kernkraftwerke in Hessen. Wir brauchen schon gar keine atomare Wiederaufbereitungsanlage, die nicht einmal Herr Albrecht in Gorleben haben wollte.

Wir wollen nicht, daß Hessen zum Sandkasten der amerikanischen Atomkriegsstrategen wird (Hattenbach).

Deshalb im September DIE GRÜNEN unterstützen.
Für eine lebenswerte Zukunft - Nie wieder Krieg !

Streusalz im Winterdienst

Die immer gravierender auftretenden Schäden an der Umwelt, die durch den Gebrauch von Auftausalz im Winterdienst verursacht werden, machen es erforderlich, sich mit der Frage zu befassen, ob es generell noch vertretbar ist, Streusalz zu verwenden.

Die in den nachstehenden Ausführungen enthaltenen Daten sind der Information des Hessischen Städtetags 12/81 entnommen, die sich mit einer kleinen Anfrage aus dem Bundestag und den Antworten der Bundesregierung befaßt.

Seit Beginn der 60er Jahre wird auf den Straßen in Deutschland immer mehr und seit 1969/70 fast ausschließlich zur Beseitigung von Straßenglätte Streusalz verwendet. In den letzten Jahren waren es durchschnittlich 1,5 Mio Tonnen je Winter. In extremen Wintern wurden jedoch bis zu 3 Mio Tonnen erreicht. Die durchschnittliche Zusammensetzung ist

3% Natriumchlorid, den Rest bilden andere Salze wie Magnesiumsulfat oder Calciumsulfat.

Der durch die Verwendung des Streusalzes entstehende Schaden ist ungeheuer. So sterben streusalzbedingt bundesweit jährlich 20.000 Straßenbäume ab. Die Kosten für Ersatzpflanzungen betragen mindestens 100 Mio. DM.

An Stadtstraßen treten seit Jahren zunehmend gravierende Baumschäden auf, die bis zu Totalverlusten hinführen. Wie durch vom Umweltbundesamt veranlaßte Falschfarben-Luftaufnahmen festgestellt wurde, beträgt der Anteil der absterbenden oder bereits toten Straßenbäume mehr als 10% der Bestände. Er ist ansteigend. Dem Streusalz als Ursache ist ein Anteil von bis zu 90% zuzuschreiben.

Erforderliche Sanierungs- und Schutzmaßnahmen führen bei den Gemeinden zu weiteren erheblichen Belastungen. So ist allein für die Zusatzdüngung eines geschädigten Baumes ein Betrag von DM 60,-- zu veranschlagen. Der Schutz mittels Hochbordsteinen kostet DM 300,-- je Baum. Bei den vorstehend dargestellten Kosten sind die Umweltschäden weder ökologisch noch ökonomisch erfaßt, die beim Grundwasser und beim Oberflächenwasser festgestellt werden müssen. Darüberhinaus müssen die Schäden beachtet werden, die an Gebäuden entstehen. Durch das Salz werden nämlich angegriffen: Straßenbeläge, Brückenpfeiler, die baulichen Teile der Kläranlagen und nicht zuletzt auch Privatbauten. Der Einfluß des Streusalzes ist hier noch nicht konkret untersucht. Es kann jedoch allgemein festgestellt werden, daß mit erheblichen ökonomischen Schäden an Verkehrsbauwerken durch Streusalzeinwirkung zu rechnen ist. Es wird erwartet, daß Spätschäden insbesondere an Brückenbauwerken aus Spannbeton enorme Kosten für Sanierungs- und Rekonstruktionsarbeiten erfordern.

Weitergehend sind die Untersuchungen der Bundesregierung, soweit die Schäden an den Karosserieteilen der

Kraftfahrzeuge anzusprechen sind. Die Rostschäden an Kraftfahrzeugen sind einerseits auf atmosphärische Einflüsse, andererseits auf Einwirkungen des Streusalzes zurückzuführen. Das Bundesumweltamt setzt die Ursachen gleichwertig, so daß dem Streusalz 50% der Kosten zugeordnet werden. Die dadurch bedingten ökonomischen Verluste werden auf jährlich 2,5 Milliarden DM beziffert. Dem ist der evtl. Vorteil gegenüberzustellen, der durch die Verwendung von Streusalz im Winterdienst festgestellt werden kann. In hiesigen Breiten kann nur an wenigen Tagen des Jahres überhaupt eine Wittersituation angetroffen werden, die die Verwendung von Tausalz sinnvoll erscheinen läßt. Im vergangenen Winter, der noch dazu als besonders hart anerkannt werden muß, hat nicht einmal an 20 Tagen Schneefall oder Frost, verbunden mit Vereisung der Straßen, die Anwendung von Streusalz eine Verbesserung der Verkehrssituation erwarten lassen.

Es kann sicherlich nicht ausgeschlossen werden, daß extreme Straßenverhältnisse denkbar sind wie z.B. niedergehender Eisregen, der zu einer vollständigen Vereisung der Fahrbahnen führt, die eine Verwendung von Tausalz fordern. In aller Regel wird jedoch auf winterlichen Straßen die Verwendung anderer Mittel (Splitt etc.) ausreichen, hinreichend verkehrssichere Straßen zu erhalten.

Schon im vergangenen Winter ist auf den Straßen unserer Gemeinde weitgehend auf die Verwendung von Streusalz verzichtet worden. Trotz dieser Einschränkung weist der Unfallbericht der Polizeidirektion Groß-Gerau keine gestiegenen Unfallzahlen aus. Dies ist sicherlich auch auf rücksichtsvolles Verhalten der Verkehrsteilnehmer zurückzuführen. Im Hinblick auf die bei Verzicht auf Streusalz vermeidlichen Umweltschäden und auf die ökonomischen Vorteile erscheint mir der Anspruch auf rücksichtsvolle Fahrweise an unsere Bürger nicht übertrieben.

Der zu erwartende Nutzen in ökonomischer Sicht und die zu erwartende Minderung der Umweltbelastung lassen den grundlegenden Verzicht auf Streusalz im Winterdienst zwingend erscheinen. Aus diesem Grund hat die G L B einen entsprechenden Antrag in die Gemeindevertreterversammlung eingebracht.

Wurzelraumentorgung

Der Bau einer neuen Kläranlage in Büttelborn wird in einigen wenigen Jahren erforderlich. Voraussichtliche Kosten ca. DM 15 Millionen.

Wer soll das bezahlen?

Teure technische Kläranlagen bedeuten in der Regel hohe Betriebskosten. Auch die Klärschlamm Entsorgung wird auf Grund des hohen Giftstoffanteils immer problematischer. Die Abwasserreinigung wird auch für die Bürger Büttelborns immer teurer. Bis 1983 soll 1 Kubikmeter Abwasser DM 1,50 kosten. Das müßte nicht sein, denn eine Alternative zur technischen Kläranlage gibt es seit einiger Zeit, ein einfaches, natürliches Klärverfahren, genannt Wurzelraumentorgung. Hierbei wird das Abwasser durch die Kraft der im Wurzelraum angesiedelten Bodenorganismen gereinigt. Die Bau- und Betriebskosten solcher Anlagen sind auch bei ungünstigsten Bodenverhältnissen erheblich geringer. Zum Beispiel betragen die Baukosten nur 30 bis 50% einer konventionellen Klärkette; die Betriebskosten, nach Aussage von Prof. Dr. Reinhold Kickuth, Betreiber des Forschungsprojekts Othfresen, nur 20 bis 30%. Weitere Erläuterungen wird Prof. Dr. Kickuth persönlich allen interessierten Bürgern Büttelborns geben, denn er hat bereits auf Einladung der "Grünen Liste Büttelborn" und der "Grünen Liste Groß-Gerau" einen Vortragsabend im Mai dieses Jahres zugesagt.

Den genauen Termin geben wir noch in der Presse bekannt.

ES

Umweltverschmutzer

Sobald das Thermometer in die Nähe von 0° fällt, kommen sie wieder allmorgendlich aus ihren warmen Löchern.

Dick verummelt schwingen sie sich in ihre vor der Haustür stehenden Autos, lassen sie an und stillen die Heizung auf volle Touren. Dann steigen sie wieder aus. Der Motor läuft weiter und bläst stinkende Schwaden in die ohnehin schon überlastete Luft. Sorgfältig wird der auf den Scheiben liegende Rauhreif entfernt. Man braucht ja klare Sicht zum Fahren. Sicherheit ist oberstes Gebot. Haben Sie das nicht auch schon beobachtet oder verhalten Sie sich gar ähnlich? Trotz der Warnungen der Automobilclubs, dieses Startverhalten verkürze die Lebensdauer der Motoren, trotz der Erkenntnis, daß auf diese Weise kostbare Energie verschwendet wird und daß bei diesen Kaltstarts der Anteil an lebensgefährlichen Schadstoffen der Auspuffgase besonders hoch ist, wird dieses Startverhalten jeden Morgen praktiziert.

Abgesehen von dem Lärm, der das restliche Viertel frühmorgens weckt, übersteigt ein solches Verhalten den Mitmenschen gegenüber jedes Verständnis.

Was nutzt es, daß wir uns wehren gegen Mülldeponien in der bisherigen Form, gegen Startbahnen, Autostraßen und nicht entsorgte Atomkraftwerke, wenn wir selbst nicht bereit sind ein klein wenig für eine bessere Umwelt beizutragen.

Ändern wir unser Verhalten und klären wir auch unsere Nachbarn auf, wenn sie gegen so einfache Einsichten handeln.

rj

RECYCLING-mit gutem Beispiel voran

Unsere Umweltbelastung nimmt täglich immer mehr zu. Jeder Bürger kann jedoch dazu beitragen, daß dieses nicht so bleibt und der Müllberg nicht ins Endlose anwächst. Nicht zuletzt ständig steigende Kosten für die Abfallbeseitigung (neuestes Beispiel: die für unsere Gemeinde zuständigen Riedwerke wollen die Kosten für die Abfallbeseitigung drastisch anheben) machen deutlich, daß ein jeder Bürger zur Mithilfe aufgerufen ist.

Beispiel: Altbatterien

Diese werden bisher größtenteils mit dem Hausmüll beseitigt, was eine gefährliche Anreicherung mit Schwermetallen (Quecksilber, Zink, Cadmium, Blei und Nickel) zur Folge hat. Wie gelangen nun diese Schadstoffe wieder in die Umwelt?

Auf der Mülldeponie rostet die äußere Hülle der Batterie durch, dadurch gelangt ein Teil dieser Schadstoffe ungehindert ins Grundwasser und damit direkt in den

menschlichen Körper. Ebenso bedrohlich ist die Beseitigung durch die Müllverbrennungsanlage. Hier werden die Altbatterien zwar bei großer Hitze verbrannt, der größte Teil der Schadstoffe gelangt jedoch trotz Filter wieder in die Atmosphäre zurück.

Der Regen bringt sie dann wieder zurück auf die Erde. Die Folge dieser herkömmlichen Beseitigung der Altbatterien: Gesundheitsstörungen können hierdurch entstehen wie z.B. Nerven- und Nierenschädigungen.

Die G L B ist der Meinung, daß diesem gefährlichen Kreislauf unbedingt Einhalt geboten werden muß und startet daher eine Altbatterien-Sammelaktion

am Samstag, den 24. April 1982.

Durchstöbern Sie Ihre Schränke und Dachböden - machen Sie von unserem kostenlosen Angebot Gebrauch! Wir werden die eingesammelten Batterien anschließend an Firmen weitergeben, die diese dann dem Wirtschaftskreislauf zurückführen.

R.H.

Biologischer Landbau – Nur für Spinner ?

Immer lauter wird in der Bevölkerung der Ruf nach rückstandsfreien Nahrungsmitteln. Verständlich, denn immer mehr chemische Mittel werden in der Landwirtschaft zur Unkraut-, Pilz- und Insektenbekämpfung sowie zur Wachstumsregelung eingesetzt. Bei der Tierhaltung wird mit Antibiotika, Östrogenen und Beta-Blockern gearbeitet.



In Lebensmitteluntersuchungen wurde festgestellt, daß 45 % aller Obst- und 36 % aller Gemüseproben Rückstände von chemischen Pflanzenschutzmitteln enthielten.

Durch Berichte und Forschungsergebnisse, die in den letzten Jahren publiziert wurden, wird immer deutlicher, daß sich viele dieser Mittel negativ auf die Gesundheit des Menschen auswirken.

Aber auch unsere Umwelt wird geschädigt. Denn nicht nur Schädlinge werden durch die chemischen Mittel vernichtet, mit ihnen müssen auch viele Nützlinge ihr Leben lassen. Empfindliche Störungen im Bodenleben müssen in Kauf genommen werden. Durch künstliche Düngung wird z.B. der Nitritgehalt des Grundwassers gesteigert, was letztendlich wiederum Mensch und Tier schadet, wenn sie es als Trinkwasser zu sich nehmen.

Es muß daher einmal erlaubt sein zu fragen, ob es nicht möglich ist, bei der Produktion landwirtschaftlicher Produkte zum großen Teil oder sogar ganz auf chemische Hilfsmittel zu verzichten. Stellt man diese Frage dem Produzenten, nämlich einem konventionell arbeitenden landwirtschaftlichen Betriebsführer, so wird man sicher die empörte Zurückweisung biologischer Methoden zu Ohren bekommen. Die Unmöglichkeit wird mit nicht zumutbaren Produktionseinbußen und horrenden Umstellungskosten begründet werden. Außerdem wird sicherlich die Schädlichkeit der chemischen Mittel, die dieser Betrieb verwendet, zumindest angezweifelt. Trotzdem beweist die Praxis, daß es auch anders geht. Gut funktionierende landwirtschaftliche Betriebe in der ganzen Welt belegen schwarz auf weiß, daß der biologische Landbau nicht nur möglich, sondern auch rentabel und u.U. sogar rentabler als der konventionelle ist.

Keineswegs "grüne Spinner", sondern selbstbewußte, ernstzunehmende Betriebsführer bewirtschaften z.B. ca. 15.000 ha Land in der BRD nach einer biologischen Anbaumethode. Alle diese Betriebe verzichten auf lebensfeindliche Eingriffe (Biozide; Antibiotika) und auf energie-

aufwendige Mineraldünger - produzieren mit naturgerechten Maßnahmen. Insbesondere bei der Bodenpflege - der Düngung und beim Pflanzenschutz - werden Verfahren und Mittel eingesetzt, die in der Natur vorkommen oder davon abgeleitet sind. Ziel ist eine umweltschonende und energiesparende Herstellung von Nahrungsmitteln.

Der Ertrag bei biologischen Anbaumethoden ist zwar im Mittel um 10 bis 15 % niedriger als bei konventionellen Methoden aber - die Düngemittelkosten und Kosten für Pflanzenschutzmaßnahmen sind niedriger und - der Verbraucher ist bereit mehr zu zahlen, wenn er weiß, daß die Produkte keine Rückstände chemischer Behandlung enthalten. Zudem sind biologisch erzeugte Produkte meist wasserärmer und haben einen höheren Sättigungswert, die Erzeugnisse sind haltbarer.

Verbraucher biologisch angebaute Nahrungsmittel schwören auf den besseren Geschmack gegenüber chemisch behandelten Produkten.

Sicher wäre es im Interesse einer gesunden Ernährung und des Schutzes unserer Umwelt wünschenswert, wenn sich mehr Landwirte entschließen könnten, nach einer biologischen Methode zu wirtschaften. Die Umstellung wird keinem leichtfallen, aber sie ist auch denen nicht leichtgefallen, die in den letzten Jahren umgestellt haben und jetzt biologisch arbeiten.

Leider sind es gerade in unserer, eh schon hochbelasteten Gegend wenige, die biologischen Landbau betreiben. Uns ist in der näheren Umgebung nur der Eichwaldhof in Darmstadt, Brandschneise 3 (zwischen Griesheim und Pfungstadt) bekannt. Dort kann man landwirtschaftliche Bioerzeugnisse kaufen.

Aber vielleicht sollten Sie es auch mal im eigenen Garten mit biologischem Anbau probieren. Es gibt viele gute Bücher, die Ihnen dabei Hilfestellung leisten können. Eine Bücherliste erhalten Sie von der Redaktion des "Grünschnabels" auf Anfrage. Ab der nächsten Ausgabe werden wir Ihnen unter der Rubrik "Grünschnabels Bio-Gartentips" Hinweise und Anregungen zum biologischen Anbau geben.

ds



Grundwasserförderung - Nutzen oder Schaden ?

Brunnen versiegen, Bäche trocknen aus, weil das Grundwasser absinkt.

Zentrale Probleme sind heute die Grundwasserabsenkung und die Grundwasserunreinigung. Grundwasserunreinigung wird in vielen Fällen durch Produktion und Lagerung von Giftstoffen verursacht.

Durch künstliche Eingriffe können Grundwasserabsenkungen hervorgerufen werden. Dazu zählen Flächenversiegelung (z.B. Startbahn-West), übermäßige Grundwasserentnahme und Flußbegradigungen.

Es ist zu befürchten, daß das von versiegelten Flächen abfließende Regenwasser zusammen mit dem abgespülten Dreck ungeklärt den Bächen, Flüssen und teilweise auch dem Grundwasser zugeführt wird. Danach kann es zu einer Anreicherung von Schadstoffen wie Kohlenwasserstoffe (Mineralöle), Natriumchlorid (Auftausalze) und Schwermetalle (Cadmium, Blei, Zink) kommen, so daß das ursprünglich qualitativ gute Grundwasser als Trinkwasser nicht mehr geeignet ist.

Welch schlimme Folgen der Raubbau am Grundwasser für die letzten Feuchtgebiete hat, zeigte sich im Hessischen Ried, aus dem die Städte Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden das knappe Allgemeingut holen. Jahrhundertlang galt die Vegetation in dem etwa 1000 qkm großen Landstrich zwischen Rhein und Odenwald als "Perle in der Krone der deutschen Pflanzenwelt". In den Sumpfniederungen des Ried gediehen Schwertlilien und Enzian, Helmkraut und Ehrenpreis. Doch seit Mitte der siebziger Jahre haben die hohen Wasserentnahmen das Ried in weiten Teilen zur Steppe gemacht. Munter plätschernde Bäche schrumpften zu Rinnsalen und versiegten schließlich ganz. Millionen von Eichen und Buchen verdorrten, an tausenden Gebäuden entstanden teilweise handbreite Risse oder Fundamentabsenkungen; die Kosten für die entstandenen Schäden gehen in die Millionen.

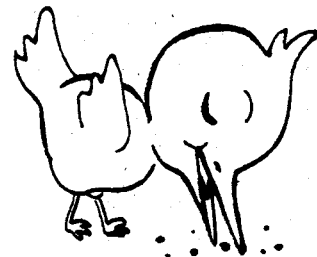


BÜRGERTELEFON DER GLB:
Rainer Jansohn, Büttelborn, Tel. 59900

Auch in unserer Gemarkung sind die schädlichen Folgen zu sehen. Der Gemeinde Büttelborn ist ein Teil ihres Waldbestandes in Richtung Griesheim regelrecht durch Grundwasserabsenkung vertrocknet. Ackerland, das über viele Jahre nahrhafte Frucht brachte, verkarstete. "Verzweifelt graben die Bauern dem Wasser entgegen" berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", als der Grundwasserspiegel im Ried um etwa acht Meter gefallen war.

Flußbegradigungen werden mit dem Ziel des Hochwasserschutzes durchgeführt. Seit 1970 wurden in der Bundesrepublik über 7000 km Flüsse und Bäche kanalisiert. Das Wasser fließt danach schneller ab. Die höhere Fließgeschwindigkeit sorgt für stärkere Erosion. Das Flußbett gräbt sich tiefer ein, der Grundwasserspiegel sinkt. Die gravierendsten Folgen einer Flußbegradigung stellen sich an der Oberrhein ein. Dort ist die natürliche Auwald-Vegetation wegen des metertief abgesunkenen Grundwasserspiegels nicht mehr lebensfähig.

pl



Für den GRÜNSCHNABEL

Aufgepickt

Es gehört nicht viel dazu vorherzusagen, daß die hessische SPD, sollte Börner die Wahl verlieren, sowohl gegen die Erweiterung des Kernkraftwerks Biblis wie auch gegen die Startbahn West in Frankfurt sein wird (FAZ vom 16.2.1981)

Wäre doch schön, wenn die FAZ recht behielte!
Sorgen wir mit einem entsprechenden Ergebnis bei der Landtagswahl dafür, daß die Köpfe rollen!



IMPRESSUM

Herausgeber: Unabhängige Wählervereinigung GRÜNE LISTE BÜTTELBORN
V.i.S.d.P.: Rainer Jansohn, Büttelborn 1
Mitarbeiter: Frieder Engel, Karin Fischer, Hans-R. Haybach, Rainer Jansohn, Peter Leinberger, Erna Scherber, Dieter Schulmeyer
Redaktionsanschrift: Hans-R. Haybach, Isarstr. 1, 6087 Büttelborn 3, Telefon 7367